

Zusammenfassung des Projekts

The perception of social inequality: a longitudinal international comparison with special reference to Switzerland

(Auszug aus dem Kurzbericht zuhanden des SNF)

Hanspeter Stamm & Markus Lamprecht
L&S SFB AG • Zürich

1. Zusammenfassung

Das Projekt "The perception of social inequality: a longitudinal international comparison with special reference to Switzerland" schliesst an eine frühere Untersuchung an, in deren Zentrum eine Datenerhebung zur sozialen Ungleichheit und ihrer Wahrnehmung in der Schweiz Ende der 1990er Jahre stand.¹ Im vorliegenden Projekt sollte diese Untersuchung auf einen Vergleich mit anderen Ländern und Zeitpunkten ausgedehnt werden.

Auf der Grundlage von Daten aus dem "International Social Survey Programme" (ISSP) zum Thema soziale Ungleichheit der Jahre 1987 und 1999 und vor dem Hintergrund eines Erklärungsmodells, das Ungleichheitswahrnehmungen in Beziehung zu allgemeinen Hintergrundbedingungen, strukturellen Einordnungen und Leitvorstellungen setzt (vgl. Abschnitt 2.1.1), wurde zunächst die Veränderung von Ungleichheitsstrukturen und –wahrnehmungen in der Schweiz thematisiert (vgl. Abschnitt 2.1.2), um diese anschliessend in einer komparativen Perspektive mit den Entwicklungen in Deutschland, Österreich, Grossbritannien, den Niederlanden und Ungarn zu kontrastieren (vgl. Abschnitt 2.1.3).

Die Untersuchung zeigt ein differenziertes Bild der Ungleichheitswahrnehmung und ihrer Determinanten in den untersuchten Ländern. An dieser Stelle sollen lediglich drei zentrale Resultate hervorgehoben werden.

1. *Stabilität vs. Konvergenz*: Trotz vergleichbarer Herausforderungen, mit denen sich die verschiedenen Gesellschaften während der 1990er Jahre konfrontiert sahen (ökonomische Krisentendenzen, europäische Integration, Finanzprobleme der öffentlichen Hand), lässt sich vorderhand weder bei den grundlegenden Wahrnehmungsprinzipien und Leitvorstellungen noch bei der Beurteilung der Ungleichheit im engeren Sinne ein Konvergenzprozess nachweisen. Nationale Spezifitäten in institutioneller, historischer und kultureller Hinsicht spielen weiterhin eine zentrale Rolle, wenn es um Vorstellungen von einer "gerechten" Gesellschaft und entsprechende Wahrnehmungen geht. Die grundlegenden Wahrnehmungstendenzen scheinen sich verhältnismässig langsam zu verändern, wenn das Gesellschaftssystem nicht, wie im Falle Ungarns, grundlegend umgestaltet wird.
2. *Struktur und Wahrnehmung*: Trotz wirtschaftlicher Anpassungsprozesse haben sich die Einkommensverteilung und die Ungleichheitsstrukturen in den untersuchten Ländern gemäss den vorliegenden Daten nicht nachhaltig verändert. Die individuelle und gruppenspezifische Einordnung in die Ungleichheitsstruktur beeinflusst dabei die Präferenz für spezifische Leitwerte

¹ "Soziale Ungleichheit und ihre Wahrnehmung: Erweiterte Erhebung im Rahmen des ISSP 1999" (NF-Nummer 5004-54350). Der Schlussbericht wird im Frühjahr 2003 in Buchform erscheinen (vgl. Stamm et al., i.V.).

nur bedingt, hat jedoch – im Gegensatz zur Differenzierungsthese – einen signifikanten und sich über die Zeit verstärkenden direkten Einfluss auf die Wahrnehmung der Ungleichheit.

3. *Situation in der Schweiz:* In der Schweiz gehörte die Ungleichheitsproblematik Ende der 1990er nicht zu den zentralen Themen der öffentlichen Diskussion. Die Einkommensverteilung wird 1999 zwar weniger kritisch beurteilt als noch 1987, gleichzeitig wird aber eine Verschärfung von Verteilungskonflikten zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen konstatiert. Diese Befunde dürften einerseits eine Folge der verhältnismässig stabilen Entwicklung der Einkommensverteilung in einem schwierigen internationalen Umfeld während der 1990er Jahre sein. Andererseits wird der gesellschaftliche Zusammenhalt, selbst wenn die individuelle Situation nach wie vor als gut bezeichnet wird, als Folge einer Abkühlung des politischen Klimas, der Verhärtung ideologischer Fronten und zunehmender, ungleichheitsrelevanter Probleme (Finanzierung von Altersvorsorge und Gesundheitswesen, Immigrationsproblematik etc.) in stärkerem Masse als bedroht wahrgenommen zu werden als zwölf Jahre früher. Bei diesen Situationseinschätzungen spielt zudem die eigene strukturelle Einordnung eine grössere Rolle als noch Ende der 1980er Jahre, als sich eine Tendenz zur Entkoppelung von Ungleichheitswahrnehmung und sozialer Lage feststellen liess.

2. Resultate

2.1. Wissenschaftliche Resultate

2.1.1. Datenbasis, theoretischer Hintergrund und Operationalisierung

Im Rahmen des "International Social Survey Programme" (ISSP) werden seit den 1980er Jahren in verschiedenen Ländern Untersuchungen mit dem Ziel durchgeführt, international und über die Zeit vergleichbare Daten zu sozialwissenschaftlich und gesellschaftspolitisch relevanten Themen zu gewinnen. Die Wahrnehmung der (Einkommens)ungleichheit, welche im Zentrum des vorliegenden Projekts stand, war in den Jahren 1987, 1992 und 1999 Gegenstand der ISSP-Studien.

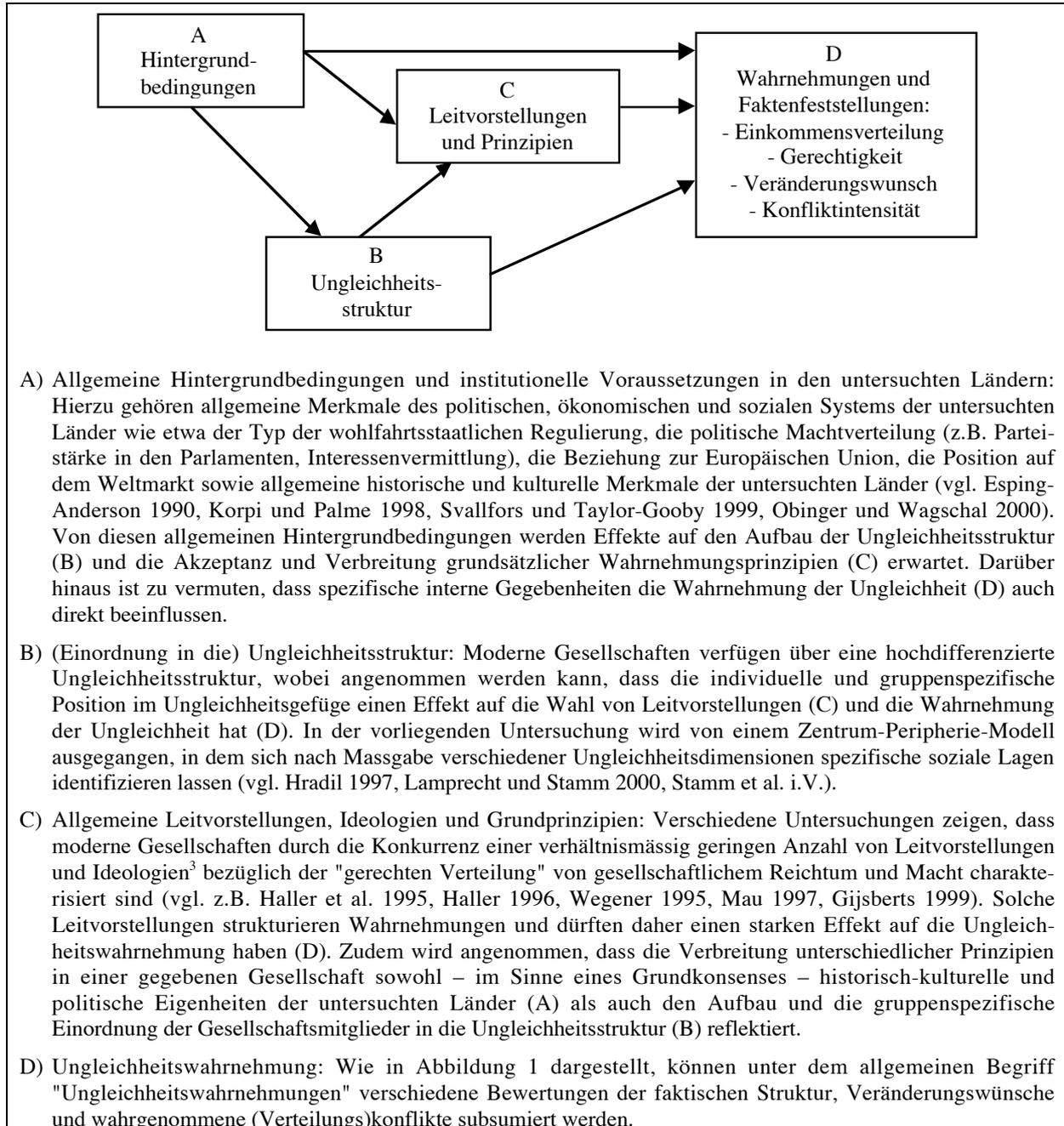
Die empirische Arbeit beschränkte sich auf die Datensätze der Jahre 1987 und 1999, da auf die Berücksichtigung des Jahres 1992 aus zwei Gründen verzichtet wurde: Einerseits hatte die Schweiz, der ein besonderes Interesse galt, 1992 nicht an der ISSP-Studie teilgenommen, und andererseits sind die Veränderungen zwischen 1987 und 1992 in anderen Untersuchungen ausführlich dokumentiert (vgl. z.B. Mau 1997, Gijssberts 1999). Aus jenen Untersuchungen geht zudem hervor, dass ein Zeitraum von fünf Jahren nur bedingt zu grösseren Veränderungen in der Ungleichheitswahrnehmung führt, weshalb der mit den Untersuchungen von 1987 und 1999 aufgespannte Zeitrahmen von 12 Jahren vielversprechender schien. Überdies beschränkte sich der internationale Vergleich aus Gründen der Übersichtlichkeit und Datenverfügbarkeit neben der Schweiz auf die folgenden fünf Länder: Deutschland, Österreich, die Niederlande, Grossbritannien und Ungarn.²

Ein wesentliches Element des internationalen Vergleichs war die Beschreibung unterschiedlicher Aspekte der Ungleichheitswahrnehmung zu verschiedenen Zeitpunkten und in den verschiedenen Ländern. Diese Beschreibung lieferte die Grundlage für eine weitergehende Analyse und Erklärung der gefundenen Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Als theoretische Leitlinie diente dabei das in Abbildung 1 schematisch dargestellte und kurz erläuterte allgemeine Modell, in dem zwischen drei verschiedenen Erklärungsebenen unterschieden wird: A) allgemeinen Hintergrundbedingungen, die sich zwar nur verhältnismässig langsam verändern, zwischen verschiedenen Ländern jedoch erheblich variieren können; B) der Ungleichheitsstruktur und den faktischen Einordnungen der Gesellschafts-

² Gemäss dem ursprünglichen Projektplan sollte statt Ungarn eigentlich Italien untersucht werden. Italien war jedoch entgegen früheren Angaben nicht Gegenstand der ISSP-Studie von 1999. Stattdessen konnte im Interesse eines Vergleichs mit dem Projekt von Christian Suter das Transformationsland Ungarn zusätzlich berücksichtigt werden.

mitglieder in diese; sowie C) allgemeinen Leitvorstellungen über die legitime und wünschenswerte Gesellschaftsordnung. Wie Abbildung 1 zeigt, werden zwischen diesen drei Erklärungsebenen verschiedene Verknüpfungen und Effekte auf die Wahrnehmung der Ungleichheit (D) erwartet.

Abbildung 1: Ein allgemeines Erklärungsmodell für die Wahrnehmung von Ungleichheit



In einem ersten analytischen Schritt wurden die vier Erklärungsebenen getrennt betrachtet und anschliessend Veränderungen über die Zeit untersucht. Eine wesentliche Herausforderung des Projekts bestand in der Konstruktion von Skalen, die nicht nur zwischen den verschiedenen Ländern, sondern

³ In der Literatur wird unterschieden zwischen "egalitären" (sozialistischen, etatistischen), "meritokratischen" (liberalen) und "anti-egalitär hierarchischen" (konservativen) Ideologien. Neuere Untersuchungen zeigen zudem, dass die verschiedenen Grundprinzipien nicht notwendigerweise als miteinander unvereinbar wahrgenommen werden. Als Folge wird stellenweise das Wachstum von "gemischten Prinzipien" ("split consciousness-These", Gijsberts 1999) prognostiziert.

auch über die Zeit vergleichbar waren. Dabei gilt es festzuhalten, dass die Vergleichbarkeit der Angaben zwischen 1987 und 1999 trotz des komparativ-dynamischen Anspruchs des ISSP-Projekts nur bedingt gegeben ist, da die Zusammensetzung der Stichprobe stellenweise verändert wurde und die Anzahl vergleichbarer Variablen relativ gering ist.

Überdies muss an dieser Stelle festgestellt werden, dass die Verknüpfung der verschiedenen Untersuchungsebenen mit den Daten des ISSP nicht vollständig nachvollzogen werden kann. Insbesondere die *Hintergrundbedingungen* (A) können lediglich als allgemeine Kontrollvariablen und zusätzliche, qualitative Erklärungsdimensionen in die Analyse integriert werden, da die Fallzahl von sechs Ländern für eine systematische Integration unterschiedlicher Systemmerkmale in die empirische Analyse zu gering ist.

Für die Operationalisierung der *strukturellen Einordnung* (B) stand in den Datensätzen eine Reihe konventioneller Ungleichheitsvariablen zur Verfügung, die sowohl einzeln als auch zur Konstruktion eines empirischen Modells sozialer Lagen verwendet wurden. Hier wurde von einem Zentrum-Peripherie-Modells ausgegangen (vgl. Lamprecht und Stamm 2000, Stamm et al. i.V.), in dem zwischen einem erwerbstätigen Zentrum und den Nicht-Erwerbstätigen unterschieden wird, die entsprechend ihrer Beziehung zur Erwerbstätigkeit einer Reihe weiterer Subgruppen zugeordnet werden: die jüngere Semiperipherie ("Studierende") gehört noch nicht zum Zentrum, während die ältere Semiperipherie ("Rentner/-innen") aus dieser Gruppe ausgeschieden ist und das "abhängige Zentrum" ("Hausfrauen" und "-männer") über ein erwerbstätiges Haushaltsmitglied mit dem Zentrum verknüpft ist. Der Peripherie werden schliesslich die Erwerbslosen zugeordnet.

Innerhalb der so identifizierten Teilgruppen können zudem nach Massgabe weiterer Ungleichheitsdimensionen zusätzliche Subgruppen – oder *soziale Lagen* – bestimmt werden. Diese zusätzlichen Differenzierungen wurden im vorliegenden Projekt wegen beschränkter Fallzahlen in den anderen Gruppen nur für das erwerbstätige Zentrum vorgenommen, das in allen Ländern und zu beiden Zeitpunkten jeweils zwischen knapp der Hälfte bis drei Viertel aller Befragten umfasst. In Anlehnung an konventionelle, multidimensionale Ungleichheitsansätze wurden als Grundlage der zusätzlichen Differenzierungen die formale Schulbildung ("Investition"), das Berufsprestige ("Prestige") und das Haushaltsäquivalenzeinkommen ("Belohnungen, Privilegien") verwendet⁴, die einer Clusteranalyse unterzogen wurden, um möglichst homogene Gruppen zu identifizieren. Die so gewonnene Typologie sozialer Lagen des erwerbstätigen Zentrums und der verschiedenen Gruppen ausserhalb des Zentrums konnte in den nachfolgenden Analysen für Zusammenhangsanalysen verwendet werden.

Für die Ebene der *Leitvorstellungen und Ideologien* (C) konnte nur eine geringe Anzahl von Merkmalen berücksichtigt werden. Immerhin konnte eine Annäherung an die beiden in der Literatur diskutierten Pole "egalitär-etatistischer" und "meritokratisch-liberaler" Orientierungen konstruiert werden. Darüber hinaus konnten gemischte ("split consciousness") sowie unklare Orientierungen unterschieden werden. Die letzteren zeichnen sich dadurch aus, dass keines der in die Konstruktion einflussenden Prinzipien klar favorisiert wurde – möglicherweise ein Hinweis auf die Verbreitung von "anti-egalitär konservativen" Orientierungen, welche mit den vorliegenden Daten nicht angemessen erfasst werden konnten.⁵

⁴ In Einklang mit einer früheren Untersuchung (vgl. Stamm et al. i.V.) hätte zusätzlich das persönliche Einkommen der Befragten berücksichtigt werden müssen. Da dieses in den Niederlanden jedoch nicht erhoben worden war, wurde im Interesse der Vergleichbarkeit auf seinen Einschluss verzichtet.

⁵ Als Basis der Klassifikation dienten die folgenden vier Items: a) "Niemand würde jahrelang studieren, wenn er nicht die Aussicht auf einen besseren Lohn hätte."; b) "Grosse Einkommensunterschiede nützen dem Wohlergehen des ganzen Landes"; c) "Die Regierung sollte sich für die Verringerung von Einkommensunterschieden einsetzen."; d) "Leute mit einem höheren Einkommen sollten einen grösseren Teil der Steuerlast tragen". Diese vier Items wurden einer Faktorenanalyse unterzogen, mit der sich in Einklang mit der Literatur (vgl. Haller et al. 1995, Gijsberts 1999) eine "liberal-meritokratische" (a, b) und eine "egalitär-etatistische" Dimension (c, d) isolieren liess. Die entsprechenden Items wurden anschliessend zu einem additiven Index mit vier Ausprägungen zusammengefasst: 1. reine meritokratisch-liberale Orientierung; 2. reine egalitär-etatistische Orientierung; 3. gemischte Orientierung ("split consciousness"); 4. unklare Orientierung (keine Präferenzen).

Als Operationalisierung der *Ungleichheitswahrnehmung* (D) wurden drei Gruppen von unabhängigen Variablen verwendet:

- Allgemeine Ungleichheitswahrnehmungen: Hier wurde insbesondere das Item "Die Einkommensungleichheit in Land X ist zu gross" verwendet.
- Einschätzungen der faktischen und als legitim erachteten Einkommensungleichheit: Die ISSP-Datensätze enthalten eine Reihe von Einschätzungen der Höhe der Einkommen verschiedener Berufsgruppen sowie dazu, wie hoch diese Einkommen in der Wahrnehmung der Befragten legitimerweise sein sollten. Jenseits der allgemeinen Einschätzung der Einkommensverteilung erlauben diese Merkmale die Konstruktion von Variablen zur Legitimität der Einkommensverteilung bzw. zur Abweichung zwischen wahrgenommener und legitimer Verteilungsstruktur.
- Intensität von Konflikten zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen (z.B. Arbeiterschaft vs. Mittelstand): Diese Angaben vermitteln Hinweise darauf, in welchem Masse die herrschende Gesellschaftsordnung und Verteilungsstruktur als bedroht oder zumindest als instabil wahrgenommen wird.

Die folgenden Abschnitte enthalten eine knappe Zusammenfassung ausgewählter Befunde aus dem Projekt. Dabei wird zunächst auf Resultate zur Schweiz eingegangen (Abschnitt 2.1.2), während Elemente des internationalen Vergleichs in Abschnitt 2.1.3 dargestellt sind.

2.1.2. Schweiz, 1987/1999

Im bereits einleitend erwähnten Vorläuferprojekt wurden die Ungleichheitswahrnehmungen in der Schweiz Ende der 1990er Jahre detailliert untersucht (vgl. Stamm et al. i.V.). Dabei konnte festgestellt werden, dass eine Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung zwar eine durchaus kritische Einstellung gegenüber dem aktuellen Niveau der Einkommensungleichheit hat, dass sich die Kritik aber primär auf die höchsten Einkommensgruppen bzw. eine Verbesserung der Situation der unterprivilegierten Gruppen konzentriert. Selbst wenn der Wunsch nach einem geringeren Grad an Ungleichheit weitverbreitet ist, wird am meritokratischen Modell der Belohnung von Leistungen und Qualifikationen grundsätzlich festgehalten: Wird die Spanne zwischen den höchsten und den tiefsten Einkommen gegenwärtig bei einem Verhältnis von rund 10 zu 1 gesehen, so belaufen sich die als legitim erachteten Unterschiede immerhin noch auf ein Verhältnis von 5 zu 1 (vgl. auch Abbildung 7 weiter unten).

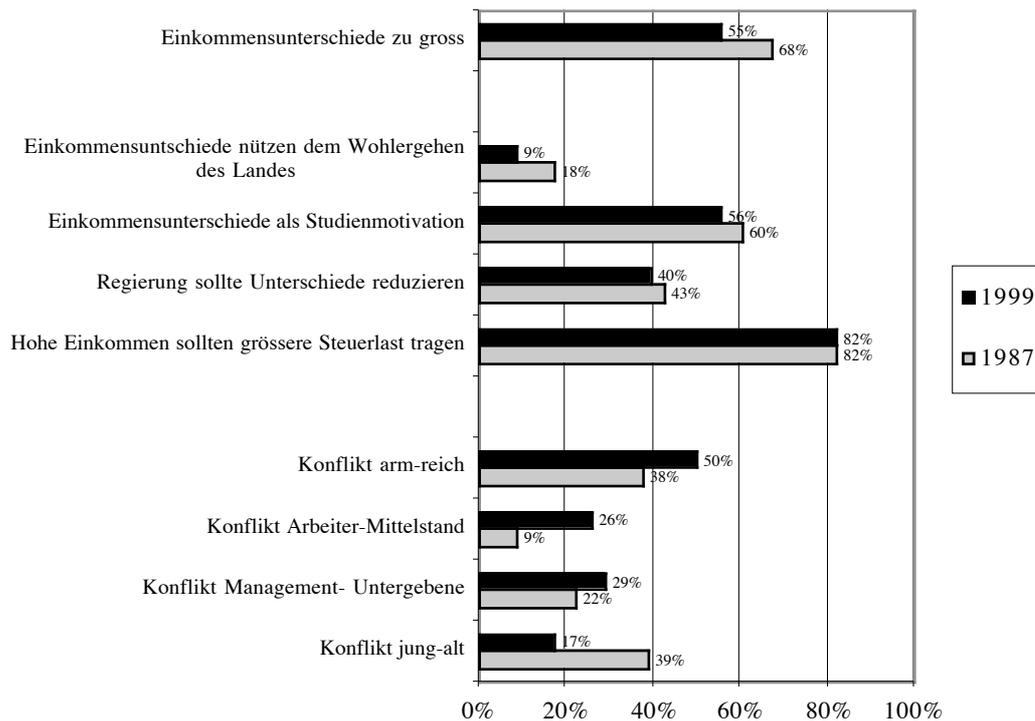
Auffällig war in der Untersuchung des Jahres 1999 jedoch auch, dass die Ungleichheitsproblematik trotz wirtschaftlicher Krisentendenzen während der 1990er Jahre und eines zunehmenden Medieninteresses nur einen verhältnismässig geringen Problemdruck aufwies. Themen wie etwa die Finanzierung des Gesundheitswesens und der Altersvorsorge oder die Umwelt-, Sicherheits- und die Immigrationsproblematik wurden damals von der Bevölkerung als weitaus dringender beurteilt als die Beseitigung von Einkommensunterschieden oder der Konflikt zwischen privilegierten und unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen. Eine Erklärung für diese Beobachtung liegt in der guten materiellen Situation, in welcher sich eine Mehrheit der Bevölkerung auch Ende der 1990er Jahre noch befand. Tatsächlich konnte in Einklang mit anderen Untersuchungen (so etwa dem Projekt von D. Joye im Forschungsverbund, vgl. auch Stamm und Lamprecht 2003) und im Vergleich mit den Daten des Jahres 1987 festgestellt werden, dass sich die Einkommensverteilung in der Schweiz im Laufe der 1990er Jahre nicht verschlechterte, sondern sogar eher etwas verbesserte (vgl. auch die Gini-Indizes in Tabelle 1 weiter unten). In Einklang mit diesen Befunden nimmt im übrigen auch die Bevölkerung eine Verringerung der Unterschiede zwischen den höchsten und tiefsten Einkommen wahr (vgl. Abbildung 7).

Zudem – und wohl teilweise als Folge der skizzierten Entwicklungen – hat die "nivellierte Mittelschichtsgesellschaft" (Schelsky) in den Köpfen einer Bevölkerungsmehrheit festen Fuss gefasst: Trotz

eines erheblichen Ausmasses an faktischer und wahrgenommener Ungleichheit verorteten sich 1999 knapp sechzig Prozent der Befragten in der Mitte (Skalenwerte von 5 oder 6) einer zehnstufigen Skala, auf der sie ihre eigene Position im Ungleichheitsgefüge angeben mussten. Der "erweiterten Mitte" (Skalenwerte zwischen 4 und 7) rechneten sich gar 85 Prozent der Bevölkerung zu. Diese Werte sind gegenüber den späten 1980er Jahren, als sich rund 45 Prozent der Mitte und etwas über drei Viertel der erweiterten Mitte zurechneten noch einmal angestiegen, und deuten – zusammen mit einer Reihe anderer Befunde – darauf hin, dass man sich selbst systematisch von einer allenfalls kritischen Einschätzung der Einkommensverteilung ausnimmt. Oder anders formuliert: Was an den Rändern der Einkommensverteilung von vielen als stossend empfunden wird und durchaus auf ein gewisses Veränderungsinteresse stösst, wird offenbar nur bedingt mit der eigenen Situation in Verbindung gebracht und löst damit auch keinen unmittelbaren Handlungsdruck aus.

Diese Hinweise zur Situation im Jahr 1999 vermögen auch einen Teil der in Abbildung 2 dargestellten Resultate zu erhellen. Die Abbildung enthält Angaben zur Veränderung der Wahrnehmung und Legitimation der Ungleichheit in der Schweiz zwischen 1987 und 1999. Der obere Teil der Abbildung zeigt zunächst, dass die Aussage, die Einkommensunterschiede in der Schweiz seien zu gross, Ende der 1990er Jahre deutlich geringere Zustimmungsraten verbuchte als noch 1987.

Abbildung 2: Ausgewählte Angaben zur Wahrnehmung und Legitimation der Ungleichheit in der Schweiz, 1987 und 1999



Hinweise: Prozentueller Anteil der Befragten, welche den entsprechenden Aussagen (stark) zustimmen bzw. die entsprechenden Konflikte als (sehr) gravierend einschätzen.

Fallzahlen: 1987 je nach Frage zwischen 875 und 961; 1999 je nach Frage zwischen 1282 und 1305.

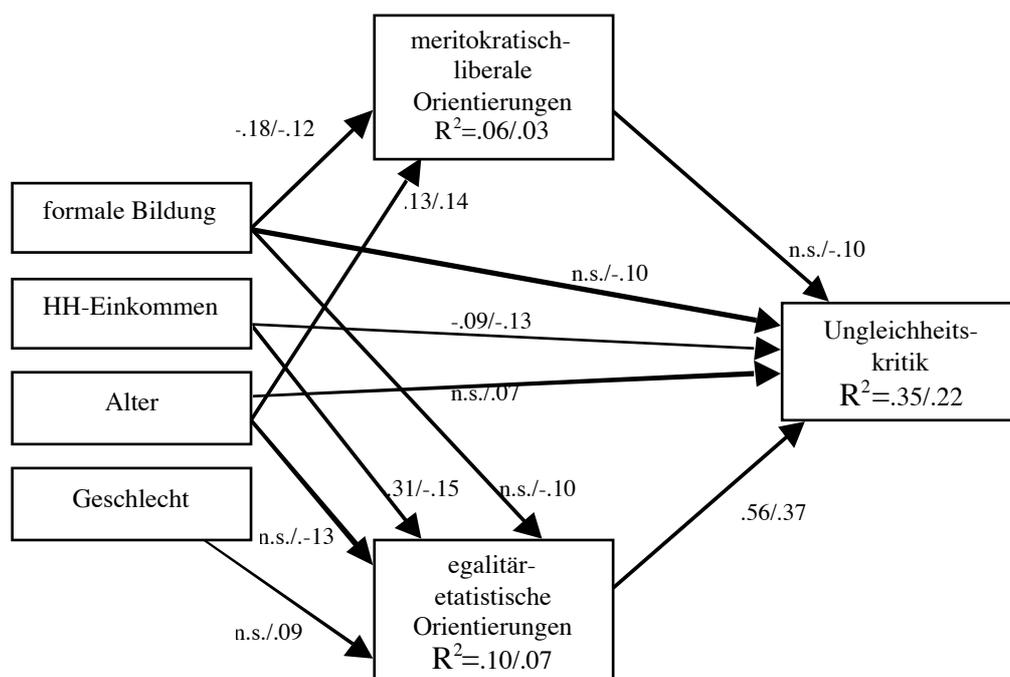
Trotz diesem geringeren Niveau der grundsätzlichen Kritik haben die in der Mitte der Abbildung dargestellten, konventionellen meritokratischen (Einkommensunterschiede als Studienmotivation) und liberalen Erklärungen der Ungleichheit (Ungleichheiten nützen dem Wohlergehen des Landes) etwas an Bedeutung verloren. Egalitär und etatistisch orientierte Vorstellungen (Regierungsinterventionen, Steuerlast) vermochten ihre Anteile an Befürwortern über die Zeit dagegen in etwa zu halten.

Insgesamt zeigt sich jedoch ein erheblicher Grad an Stabilität und Konsens: meritokratische Elemente wie auch eher egalitäre Vorstellungen verbuchen eine hohe Zustimmung, während liberale Vorstellungen einhellig abgelehnt werden und das Vertrauen in die Regierung als Regulierungsinstanz bestenfalls mittlere Werte erreicht. Werden die Angaben zu den verschiedenen Leitvorstellungen miteinander kombiniert, so zeigt sich gemäss Abbildung 5 weiter unten allerdings, dass der egalitär-etatistische Pol im Laufe der 1990er Jahre deutlich an Bedeutung gewonnen hat, während rein liberal-meritokratische Einstellungen auf einem vergleichsweise tiefen Niveau verharren. Der Zuwachs an egalitär-etatistischen Orientierungen ist vor allem auf ein Nachlassen "unklarer" Orientierungen bei einem stabilen Anteil von gemischten Orientierungen zurückzuführen.

Der grössere Anteil an egalitär-etatistisch orientierten Personen dürfte auch teilweise erklären, dass das Konfliktpotential zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen Ende der 1990er Jahre als deutlich ausgeprägter als noch Ende der 1980er Jahre wahrgenommen wird – ein Hinweis darauf, dass sich das politische und ideologische Klima trotz vorderhand noch nicht spürbarer individueller Einbussen im materiellen Lebensstandard im Laufe der 1990er Jahre abgekühlt hat und entsprechend Verteilungskämpfe als virulenter eingeschätzt werden als noch einige Jahre früher. Zumindest der Generationenkonflikt scheint sich jedoch – trotz der bereits erwähnten Wichtigkeit der Problematik der Altersvorsorge – während der 1990er Jahre klar entschärft zu haben.

Wenn sich diese allgemeinen Befunde unter Verweis auf allgemeine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen in der Schweiz durchaus plausibel erklären lassen, so fragt es sich, ob im Sinne des weiter oben vorgestellten allgemeinen theoretischen Modells auch die strukturelle Einordnung und spezifische Leitvorstellungen und Orientierungen einen Einfluss auf die Einschätzung der Ungleichheit haben. Mittels multipler Klassifikations- und Regressionsanalysen wurden diese Zusammenhänge geprüft, wobei sich für alle abhängigen Variablen ein Bild ergibt, das mit demjenigen in Abbildung 3 vergleichbar ist.

Abbildung 3: Schematische Darstellung der Einflüsse der strukturellen Einordnung und der Leitvorstellungen auf das Ausmass der Ungleichheitskritik (Pfadmodell, Schweiz, 1987 und 1999)



Hinweis: Die Koeffizienten vor dem Schrägstrich beziehen sich auf das Jahr 1987 (n=722), diejenigen hinter dem Schrägstrich auf das Jahr 1999 (n=1117).

Auffallend ist in der Abbildung, welche die Effekte von struktureller Einordnung und Leitvorstellungen auf das Ausmass der grundsätzlichen Kritik an der Einkommensverteilung schematisch zusammenfasst, dass die Präferenzen für die unterschiedlichen Leitvorstellungen kaum mit der eigenen strukturellen Position zusammenhängen. Sowohl die egalitär-etatistischen Leitvorstellungen als auch die strukturelle Einordnung (insbesondere das Einkommen) haben jedoch erhebliche Effekte auf die Wahrnehmung der Ungleichheit, die sich Ende der 1990er Jahre weniger gut erklären lässt als noch 1987. Strukturelle Effekte spielen Ende der 1990er Jahre allerdings eine grössere Rolle als noch 1987, während der Effekt der egalitären Orientierungen zugunsten eines neuen Effekts meritokratisch-liberaler Orientierungen etwas nachgelassen hat.

Ähnliche Resultate zeigen sich auch, wenn die Analyse mit der erweiterten Typologie sozialer Lagen durchgeführt wird. Hier zeigen sich erhebliche und sich über die Zeit verstärkende Effekte auf verschiedene Dimensionen der Wahrnehmung der Ungleichheit, wobei sich diese 1999 jedoch als Folge einer geringeren Erklärungskraft der Leitvorstellungen insgesamt in geringerer Masse erklären lassen als noch 1987.⁶ Durchaus plausibel ist dabei der Befund, dass die Ungleichheit in den unterprivilegierten Lagen des Zentrums ("Unterschicht", vgl. auch Abbildung 4 weiter unten) sowie der Peripherie deutlich kritischer wahrgenommen wird. Dasselbe gilt für die Intensität von Konflikten, während die privilegierten Gruppen ("obere Mittelschicht", "Bildungsdefizitäre") und insbesondere die ältere Semiperipherie einen höheren Grad an Einkommensungleichheit tolerieren.

Ein wichtiger Grund für die insgesamt eher schwachen Effekte ist in der Tatsache zu finden, dass in der Schweiz offenbar auch Ende der 1990er Jahre ein relativ breiter Konsens darüber bestand, dass eine etwas ausgeglichene Einkommensverteilung erstrebenswert wäre. Entsprechend finden sich in den Einschätzungen lediglich graduelle Unterschiede, welche zwar in der erwarteten Richtung mit der strukturellen Position und der Präferenz für egalitäre Vorstellungen variiert, die aber von einer grundsätzlichen Interesse an einer gleicheren Verteilung, welches auch die privilegierten Gruppen umfasst, überschattet wird. Vor diesem Hintergrund gewinnt die im nächsten Abschnitt zu untersuchende Frage an Bedeutung, ob und in welchem Masse sich die Schweiz von anderen europäischen Ländern unterscheidet.

2.1.3. Internationaler Vergleich

Die Befunde zur Schweiz deuten darauf hin, dass die Akzeptanz unterschiedlicher Vorstellungen über den Aufbau einer "gerechten" Gesellschaft nicht nur von strukturellen Positionen und faktischen Verteilungsstrukturen, sondern auch von übergeordneten historischen, institutionellen und kulturellen Rahmenbedingungen bestimmt wird. Mittels eines internationalen Vergleichs kann untersucht werden, welche Bedeutung solche unterschiedlichen Rahmenbedingungen haben. Im vorliegenden Abschnitt sollen deshalb ausgewählte Aspekte des in Abschnitt 2.1.1 vorgestellten allgemeinen Erklärungsmodells schrittweise diskutiert werden, wobei zunächst kurz auf die Hintergrundbedingungen eingegangen wird, um dann strukturelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede, die unterschiedliche Verbreitung von Leitvorstellungen und schliesslich die Ungleichheitswahrnehmung sowie die Effekte im Gesamtmodell zu diskutieren.

⁶ Diese Beobachtung gilt nicht nur für die in Abbildung 3 dargestellte allgemeine Einschätzung der Einkommensungleichheit. So lassen sich 1999 jeweils nur gerade acht Prozent der Varianz bei der wahrgenommenen Konfliktintensität und beim Unterschied zwischen als legitim wahrgenommenen hohen und tiefen Einkommen erklären.

Soziale und institutionelle Hintergrundbedingungen

Jedes der sechs untersuchten Länder – Schweiz, Deutschland, Grossbritannien, Österreich, Niederlande, Ungarn – weist eine Reihe von institutionellen, sozialen und historischen Eigenheiten auf, die in der Literatur breit dokumentiert sind und deren umfassende Erörterung den Rahmen des vorliegenden Berichts sprengen würde.

Jenseits von Unterschieden existieren aber auch erhebliche Gemeinsamkeiten zwischen (Teilgruppen von) Ländern: So können nach dem Zusammenbruch des "staatssozialistischen Gegenzentrums" Ende der 1990er Jahre alle untersuchten Länder als "offene, demokratisch verfasste Marktgesellschaften" bezeichnet werden. Mit Ausnahme Ungarns gehören alle untersuchten Gesellschaften zum hochentwickelten und "reichen" Zentrum, das während der 1990er Jahre von wirtschaftlichen Krisentendenzen und Anpassungsprozessen heimgesucht wurde. Auf der politischen Ebene sind die zunehmenden Finanzierungsprobleme und der Versuch der Neugestaltung sozialstaatlicher Arrangements sowie der Prozess der europäischen Integration zu erwähnen, der alle Länder direkt oder indirekt (Schweiz, Ungarn) betraf.

Trotz dieser Gemeinsamkeiten lässt sich gegenwärtig jedoch erst ein begrenzter Trend zur Konvergenz feststellen: Das faktische Ausmass der wirtschaftlichen Krise und die sozialen und politischen Anpassungen sind in den verschiedenen Ländern unterschiedlich ausgefallen – so stiegen die Arbeitslosenraten in der Schweiz beispielsweise auf ein historisch gesehen sehr hohes (wenn auch im internationalen Vergleich nach wie vor unterdurchschnittliches) Niveau, während die Entwicklung in den Niederlanden gegenläufig war –, und auch die politischen Machtverhältnisse haben sich nicht überall in derselben Richtung entwickelt. Zwar lässt sich in allen Ländern ein Machtverlust gewerkschaftlicher Organisationen nachweisen, doch fand in einigen Ländern während der 1990er Jahre einen Übergang von konservativen oder liberalen zu sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Regierungen (Deutschland, Grossbritannien) statt, während in anderen ein Aufschwung (rechts)populistischer Tendenzen (Schweiz, Österreich, Niederlande) oder eine Mischung beider Prozesse zu verzeichnen war. Bezüglich der wohlfahrtsstaatlichen Arrangements, die von verschiedenen Autoren als wesentliches Unterscheidungsmerkmal diskutiert werden, lässt sich schliesslich feststellen, dass die Finanzkrise der vergangenen Jahrzehnte noch kaum zu einem Rückgang der entsprechenden Ausgaben, stellenweise jedoch zu einem teilweisen Umbau der sozialstaatlichen Arrangements geführt hat (vgl. hierzu etwa Hradil 1997, Bieling und Deppe 1997, Svallfors und Taylor-Gooby 1999, Obinger und Wagschal 2000).

Ungleichheitsstruktur

Die wirtschaftlichen und politischen Veränderungen der 1990er Jahre haben im Zeitvergleich – und ausgenommen vom Transformationsland Ungarn – nur bedingt Spuren in den Ungleichheitsstrukturen der untersuchten Länder hinterlassen. So fällt bei einem Blick auf Tabelle 1 zunächst auf, dass sich die Einkommensverteilung in den untersuchten Ländern trotz wirtschaftlicher Strukturanpassungen und Krisentendenzen im Lauf der 1990er Jahren nicht verschlechtert, sondern – abgesehen von Ungarn in der Folge der wirtschaftlichen Transformation und Deutschland als Resultat der Wiedervereinigung – stabil geblieben ist oder sich gar leicht verbessert hat.⁷

Auch die Analyse der weiter vorne kurz diskutierten erweiterten Typologie sozialer Lagen im Rahmen eines Zentrum-Peripherie-Modells zeigt einen erheblichen Grad an Stabilität des strukturellen Aufbaus der untersuchten Gesellschaften zwischen 1987 und 1999. In allen untersuchten Ländern zeigt sich,

⁷ Es gilt jedoch festzuhalten, dass sich die Ränder der Einkommensverteilung mit Stichprobenerhebungen wie den ISSP-Studien nicht angemessen abbilden lassen. Konstante Werte der hier dargestellten Gini-Indizes sagen mit andern Worten also nichts über die Spanne der Einkommensverteilung zwischen den Extremwerten aus. Immerhin stimmen die hier dargestellten Daten verhältnismässig gut mit den Angaben aus der World Income Inequality Database der UN überein.

dass bereits eine Aufteilung des Zentrums in vier bis sechs Gruppen akzeptable und stabile Lösungen bringt, die zwischen zwei Drittel und über drei Viertel der Varianz in den Daten erklären.

Tabelle 1: Veränderung der Einkommensverteilung in sechs Ländern zwischen 1987 und 1999 (Gini-Indizes)

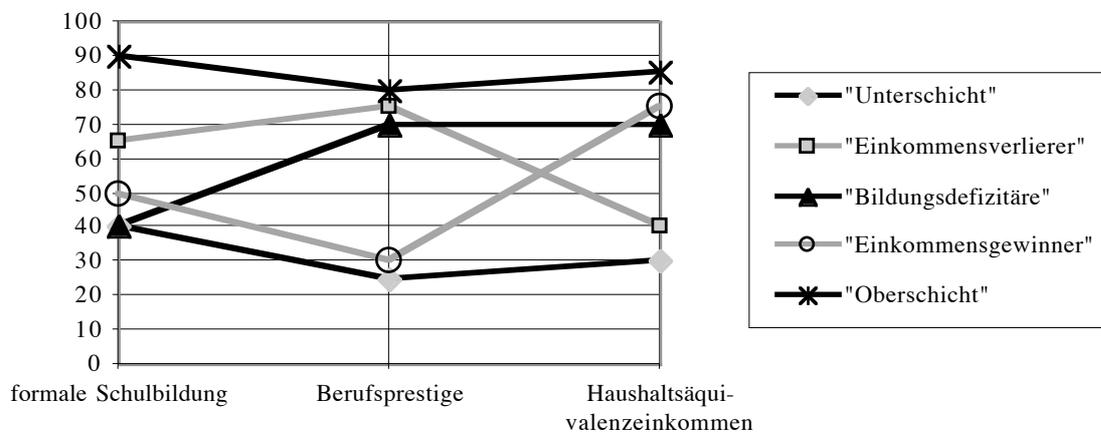
	Persönliche Einkommen (voll Erwerbstätige)			Haushaltsäquivalenzein- kommen (Atkinson-Skala)		
	1987	1999	Veränd.	1987	1999	Veränd.
Schweiz	.33	.28	◇	.33	.26	◇
Grossbritannien	.28	.27	v	.33	.33	v
Deutschland	.26	.28	⇒	.25	.27	⇒
Österreich	.28	.19	◇	.23	.19	◇
Niederlande	n.a.	n.a.	-	.28	.25	◇
Ungarn	n.a.	.30	-	.23	.26	⇒

Wie die schematische Übersicht in Abbildung 4 zeigt, findet sich in allen Ländern nicht nur eine vergleichbare Gruppenzahl, sondern die Gruppen umreissen auch vergleichbare soziale Lagen. Drei der fünf in Abbildung 4 dargestellten sozialen Lagen lassen sich in allen Ländern und zu beiden Untersuchungszeitpunkten nachweisen.⁸ Dieser Befund ist aus zwei Gründen bemerkenswert: *Einerseits* widerspricht er der Differenzierungsthese, welche behauptet, die modernen Gesellschaften zerfielen zunehmend in eine unübersichtliche Vielfalt kleiner und instabiler Gruppen. Vielmehr lässt sich die Ungleichheitsstruktur weiterhin mit einer verhältnismässig geringen Zahl an Gruppen beschreiben. *Andererseits* fällt aber auch auf, dass trotz historischer und institutioneller Unterschiede zumindest auf der Ebene der Ungleichheitsstruktur ein erhebliches Mass an Übereinstimmung zwischen den verschiedenen Ländern besteht.

Ein genauerer Blick zeigt allerdings auch, dass durchaus Unterschiede zwischen den Ländern und den beiden Untersuchungszeitpunkten bestehen. So zeigen beispielsweise die *Schweiz* und *Grossbritannien* über die Zeit ein verhältnismässig stabiles Bild, während sich in *Deutschland* und *Österreich* der Anteil der Rentner/-innen im Datensatz – wohl vor allem als Folge einer geänderten Stichprobenbildung – zugunsten der Erwerbstätigen deutlich erhöht hat. In Deutschland zeigt sich zudem eine Vergrösserung der (arbeitslosen) Peripherie und innerhalb des Zentrums eine stärkere Polarisierung zwischen den privilegierten und den unterprivilegierten Gruppen auf Kosten der mittleren Gruppierungen. In den *Niederlanden* hat sich als Folge wirtschaftspolitischer Interventionen der Anteil des abhängigen Zentrums ("Hausfrauen") deutlich zugunsten des erwerbstätigen Zentrums verringert. Innerhalb des Zentrums ist die Gruppe der "bildungsdefizitären" Gewinner zugunsten eines Anwachsens aller anderen Gruppen verschwunden. In *Ungarn* schliesslich sind die Gruppen ausserhalb des Zentrums – insbesondere die Peripherie und die ältere Semiperipherie – stark gewachsen. Innerhalb des Zentrums vermochten vor allem die "Einkommensgewinner" auf Kosten der "Unterschicht" im engeren Sinne zuzulegen.

⁸ Die wichtige Ausnahme bildet die Gruppe der "Bildungsdefizitären", welche sich durch einen verhältnismässig geringen Bildungsstand aber hohe Prestige- und Einkommenswerte auszeichnet. Diese Gruppe konnte 1987 noch in der Schweiz, Grossbritannien, Deutschland und den Niederlanden nachgewiesen werden, während sie bis 1999 in allen Ländern ausser den beiden erstgenannten verschwunden war. Zudem lässt sich die Gruppe der "Einkommensverlierer" Ende der 1990er Jahre in Deutschland nicht mehr nachweisen. Dieser Befund bedeutet allerdings nicht, dass diese Gruppen vollständig verschwunden wären, sondern lediglich, dass sie auf diesem allgemeinen Niveau an Bedeutung verloren haben und vom empirischen Modell der Clusteranalyse nicht mehr unabhängig gebildet werden.

Abbildung 4: Schematische Übersicht über die fünf Gruppen des erwerbstätigen Zentrums (Resultate von Clusteranalysen, arithmetische Gruppenmittelwerte auf den zur Klassifikation verwendeten Merkmalen)



Die weiteren Analysen beschäftigten sich vor diesem Hintergrund nicht zuletzt mit der Frage, ob den Unterschieden oder den Gemeinsamkeiten zwischen den Ländern bei der Erklärung von Ungleichheitswahrnehmungen eine grössere Bedeutung zuzumessen sei.

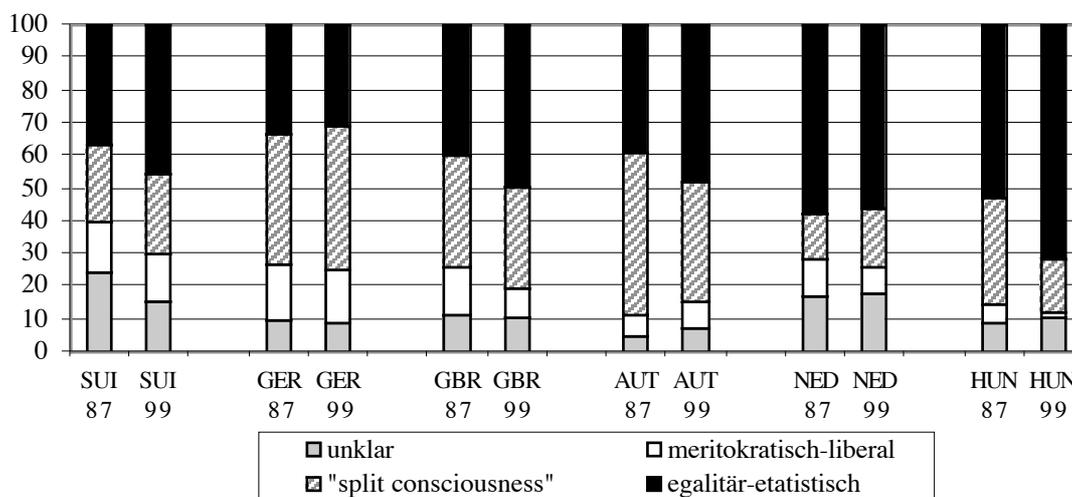
Leitvorstellungen und Ideologien

Wie bereits in Zusammenhang mit den Analysen zur Schweiz dargestellt, spielen grundlegende "Leitvorstellungen" über den Aufbau der Gesellschaft eine wichtige Rolle bei der Einschätzung faktischer Ungleichheiten sowie der Formulierung von Veränderungswünschen. Die weiter oben formulierte, allgemeine Hypothese besagt dabei, dass solche Leitvorstellungen sowohl vom nationalen Kontext als auch der eigenen sozialen Position abhängen.

Wie sich Abbildung 5 entnehmen lässt, existieren erhebliche Unterschiede zwischen den sechs untersuchten Ländern. Auf einer allgemeinen Ebene lässt sich zwar festhalten, dass egalitäre und gemischte Vorstellungen insgesamt deutlich häufiger sind, als liberale oder unklare Orientierungen. Doch obwohl sich zwischen 1987 und 1999 in den meisten Ländern ein Trend zu einer stärkeren Verankerung egalitärer und/oder gemischter Orientierungen abzeichnet, sind auch Ende der 1990er Jahre die Unterschiede zwischen den Ländern durchaus substantiell: Stärker egalitär orientierte Länder wie Ungarn oder die Niederlande stehen hier mittleren (Österreich, Schweiz, Grossbritannien) sowie Ländern mit einem vergleichsweise hohen Anteil an Meritokraten und Personen mit gemischten Orientierungen (Deutschland) gegenüber.

Bis zu einem gewissen Grad sind die Unterschiede auf spezifische Gegebenheiten und Entwicklungen in den untersuchten Ländern zurückzuführen. So dürfte der Rückgang egalitär-etatistischer Vorstellungen bei gleichzeitigem Wachstum gemischter Orientierungen in Deutschland mit der deutschen Wiedervereinigung zusammenhängen, während der Zuwachs an egalitären Orientierungen in Ungarn nur auf den ersten Blick erstaunlich ist: Unter dem Eindruck der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Transformation dürften sich auch die grundlegenden Wahrnehmungsprinzipien verändert haben. Der in verschiedenen Ländern nachweisbare Rückgang des Anteils meritokratisch-liberal orientierter Personen während der 1990er Jahre dürfte schliesslich nicht zuletzt ein Reflex der Mängel sein, welche das liberale Modell nach seinem Sieg über das staatssozialistische Gegenzentrum zunehmend offenbarte und die schliesslich in vielen Ländern zu einem Machtwechsel zugunsten sozialdemokratischer Parteien führten, die sich ihrerseits von einer harten sozialistischen Rhetorik verabschiedet hatten und zunehmend dem "gemischten" Pol zuneigten (Grossbritannien, Deutschland).

Abbildung 5: Verteilung von grundlegenden Leitvorstellungen in sechs Ländern, 1987 and 1999 (Anteile in Prozent)



Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass gemäss einer multivariaten Analyse und in Einklang mit den Befunden zur Schweiz der Niveaueffekt des kulturellen und institutionellen Hintergrundes auf die Orientierungen stärker ist als die individuelle und gruppenspezifische Einordnung in die Ungleichheitsstruktur: Werden in die multivariaten Modelle zur Erklärung der Präferenz für meritokratische oder egalitäre Orientierungen auch sogenannte "Dummy-Variablen" für die einzelnen Länder eingeführt, so führt dies sowohl 1987 als auch 1999 zu einer Verdoppelung des Grades an erklärter Varianz von rund fünf auf über zehn Prozent. Der insgesamt einmal mehr verhältnismässig geringe Erklärungsgrad der Modelle kann dabei wiederum als Hinweis auf eine nicht nur gruppen- sondern auch länderübergreifende, grundlegende Präferenz für "gleichere Verteilungsstrukturen" gelesen werden – schliesslich ist in allen untersuchten der Anteil der "liberalen Meritokraten" deutlich geringer als derjenigen der "Egalitaristen" oder derjenigen, die beide Orientierungen in vergleichbarem Masse teilen. Innerhalb dieses allgemeinen Musters gibt es aber sowohl länder- als auch gruppenspezifische Unterschiede.⁹

Ungleichheitswahrnehmungen

An dieser Stelle sollen stellvertretend nur zwei Arten von Ungleichheitswahrnehmungen kurz diskutiert werden. Abbildung 6 enthält allgemeine Einschätzungen der Einkommensverteilung in den verschiedenen Ländern, während in Abbildung 7 Angaben zu den wahrgenommenen und als legitim erachteten Unterschieden zwischen hohen und tiefen Einkommen dargestellt sind.¹⁰

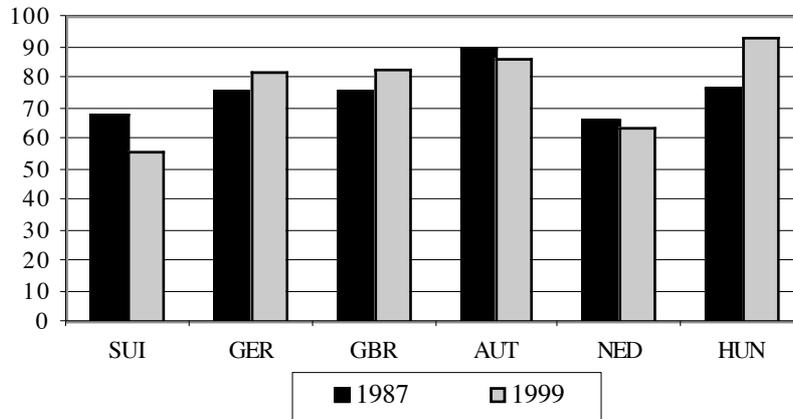
Aus Abbildung 6 geht zunächst hervor, dass die Niveauunterschiede zwischen den Ländern deutlich grösser sind als die Veränderungen über die Zeit. Auf der einen Seite finden sich Länder wie die Schweiz und die Niederlande mit einer verhältnismässig moderaten und sich über die Zeit abschwächenden Kritik, während sich in Deutschland, Grossbritannien und Ungarn das Ausmass der

⁹ Untersucht man die erweiterte Typologie sozialer Lagen, so zeichnen sich die Angehörigen der Peripherie und der älteren Semiperipherie sowie – im Zentrum – die "Unterschicht" und die "Einkommensgewinner" häufiger durch eine egalitäre Orientierung aus, während meritokratische Vorstellungen im abhängigen Zentrum und bei den "Bildungsdefizitären" etwas häufiger sind.

¹⁰ Auf die ausführliche Darstellung der Resultate zum Konfliktniveau soll hier verzichtet werden: In drei Ländern (Schweiz, Österreich, Ungarn) wird 1999 ein höheres Konfliktniveau wahrgenommen als noch 1987, während das Ausmass der wahrgenommenen Konflikte in den Niederlanden stark zurückgegangen und in Deutschland und Grossbritannien stabil geblieben ist.

Kritik ausgehend von einem hohen Ausgangsniveau über die Zeit noch verstärkt hat. Österreich schliesslich befindet sich trotz einer leichten Abnahme des Ausmasses an Kritik auch 1999 an vorderster Front der "kritischen" Länder.

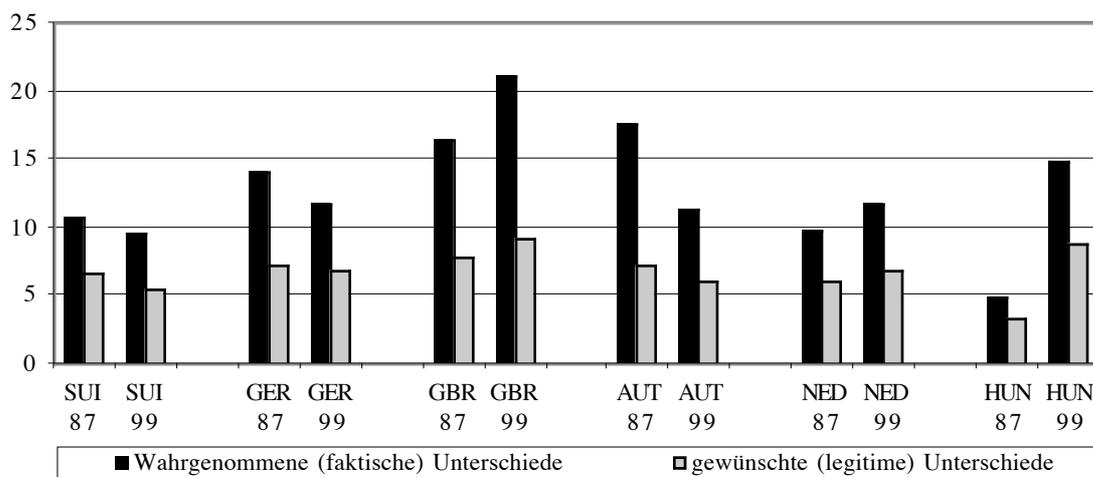
Abbildung 6: Einschätzung der Einkommensverteilung in sechs Ländern, 1987 und 1999



Hinweis: Prozentueller Anteil der Befragten, welcher der Aussage zustimmt: "Die Einkommensunterschiede in meinem Land sind zu gross."

Wie sich einem Vergleich mit Abbildung 7 entnehmen lässt, stimmen die Veränderungen in der grundsätzlichen Einschätzung der Einkommensverteilung in den meisten Ländern mit den Veränderungen in der Wahrnehmung faktischer Unterschiede (schwarze Säulen) überein: Einzig in Deutschland und den Niederlanden kommt es zu einer Umkehrung: Im ersteren Falle wächst – wohl als Folge der Wiedervereinigung – die Kritik an der Einkommensverteilung, obwohl die Unterschiede als geringer wahrgenommen werden, während in den Niederlanden eine stabiles Niveau der Kritik mit einer Verschlechterung der wahrgenommenen Einkommensverteilung einhergeht.

Abbildung 7: Wahrgenommener und als legitim erachteter (gewünschter) Unterschied zwischen Hoch- und Tieflöhnen, 1987 und 1999 (Verhältnis zwischen Hoch- und Tieflöhnen)



Bemerkenswert ist die Tatsache, dass die "gewünschte" Lohndifferenz (graue Säulen) nicht fix ist, sondern sich parallel zur Wahrnehmung der faktischen Lohnunterschiede entwickelt: Sinkt der wahrgenommene Unterschied, so sinkt auch die gewünschte Lohndifferenz zwischen Hoch- und

Tieflöhnen – und zwar verhältnismässig unabhängig vom absoluten Niveau der Ungleichheit und der Ungleichheitskritik. Zudem verändern sich die gewünschten und als legitim erachteten Lohnunterschiede weniger stark als die wahrgenommenen Unterschiede, was zu einem durchaus plausiblen Effekt führt: Bei sinkenden wahrgenommenen Unterschieden steigt die Akzeptanz der Einkommensverteilung – gemessen am Unterschied zwischen wahrgenommener und gewünschter Einkommensverteilung (d.h zwischen den schwarzen und grauen Säulen in Abbildung 7) –, während sie bei anwachsenden Unterschieden sinkt. Nur in Einzelfällen – wie etwa in Ungarn mit einer dramatischen Veränderung in der Wahrnehmung der Bevölkerung – führen diese Entwicklungen zu in gewissem Sinne paradoxen Effekten, bei denen die gewünschten Lohndifferenzen Ende der 1990er Jahre deutlich höher sind als die Ende der 1980er Jahre wahrgenommenen effektiven Differenzen.

Effekte im Gesamtmodell

Auffallend ist in den bisher vorgestellten Analysen die Tatsache, dass sich die untersuchten Länder trotz erheblicher Ähnlichkeiten im Gesellschaftsaufbau und ihrer jüngeren Entwicklung bezüglich der Ungleichheitswahrnehmung stark voneinander unterscheiden. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass kulturelle und institutionelle Merkmale das Niveau und die Richtung von Ungleichheitswahrnehmungen mitprägen. Zusätzlich kann in einem weiteren Untersuchungsschritt jedoch gefragt werden, in welchem Masse die Ungleichheitswahrnehmung in den verschiedenen Ländern jenseits von kulturellen Spezifitäten durch strukturelle Effekte und die vermittelnde Ebene der Grundprinzipien und Leitvorstellungen mitgeprägt werden.

Tabelle 2 präsentiert eine Reihe von illustrativen Resultaten zu diesen Fragen. Mittels einer multiplen Klassifikationsanalyse wurde der Effekt der verschiedenen Ebenen unseres Modells auf die weiter oben eingeführten Wahrnehmungsdimensionen geschätzt.¹¹ Aus der Tabelle geht zunächst hervor, dass sich Unterschiede in der allgemeinen Einschätzung der Einkommensverteilung relativ gut auf der Grundlage unseres Modells erklären lassen: Erwartungsgemäss ist der Effekt der Leitvorstellungen besonders ausgeprägt, doch auch die Länderunterschiede spielen eine erhebliche Rolle. Demgegenüber ist die Erklärungskraft der Einordnung in die Ungleichheitsstruktur verhältnismässig gering.¹²

Ähnliche Befunde zeigen sich auch mit Bezug zur Wahrnehmung konkreter und als legitim erachteter Einkommensunterschiede – mit zwei wesentlichen Unterschieden: Einerseits ist der Grad der Varianzerklärung hier geringer, was auf einen grösseren, gesellschafts- und gar länderübergreifenden Konsens bezüglich dieser Einschätzungen hindeutet. Andererseits spielen die Leitvorstellungen bei der Einschätzung konkreter Einkommen keine Rolle – die faktischen Einkommensunterschiede werden mit anderen Worten also kaum durch eine "ideologisch gefärbte Brille" beurteilt. Hier scheinen demgegenüber Kohorteneffekte eine grössere Rolle zu spielen. Mit Bezug zum Niveau des Konflikts zwischen verschiedenen Gruppen lässt sich schliesslich feststellen, dass sich dieses Ende der 1990er Jahre deutlich besser erklären liess als noch zwölf Jahre vorher, wobei sowohl länderspezifische Faktoren als auch neu strukturelle Faktoren eine wichtigere Rolle spielen.

¹¹ Gegenüber der konventionellen Regressionsanalyse hat die multiple Klassifikationsanalyse den Vorteil, dass sie auch die Schätzung von Effekten ordinaler oder nominaler Merkmale (wie etwa der Zentrum-Peripherie-Typologie oder der weiter oben eingeführten sozialen Lagen des Zentrums) zulässt, gleichzeitig aber übersichtlicher ist als log-lineare Modelle. Multiple Regressionsanalysen, in welche die nominalskalierten Merkmale als Dummy-Variablen eingeführt werden, bringen jedoch vergleichbare Resultate.

¹² Wird die Analyse auf der Ebene der einzelnen Länder durchgeführt, so zeigt sich jedoch, dass sich die Effekte deutlich unterscheiden. So ist der Einfluss der Ungleichheitsstruktur in der Schweiz, Österreich und den Niederlanden verhältnismässig stark, während in Deutschland und Grossbritannien vor allem die Leitwerte eine Rolle spielen. In Ungarn schliesslich erklärt das Modell keinen substantiellen Anteil der Varianz – ein Hinweis darauf, dass die Ungleichheitswahrnehmung in den Transformationsländern anderen Gesetzen folgt als in den "alten westlichen Demokratien".

Tabelle 2: Erklärung verschiedener Dimensionen der Wahrnehmung der Einkommensverteilung, 1987 und 1999 (Beta Werte, erklärte Varianz (R^2) und Fallzahlen aus einer multiplen Klassifikationsanalyse)

	Einschätzung der Einkommensverteilung		Wahrgenommener Unterschied zwischen hohen und tiefen Einkommen		Legitimer (gewünschter) Unterschied zwischen hohen und tiefen Einkommen		Intensität des Konflikts zwischen verschiedenen Gruppen*	
	1987	1999	1987	1999	1987	1999	1987	1999
Zentrum-Peripherie	.04	.05	.06				.06	.06
Soziale Lagen im Zentrum	.07	.09		.06	.06	.07		.07
Geschlecht		.03		.04	.04	.08	.03	.07
Altersgruppe		.07	.14	.12	.14	.12	.05	.05
Leitvorstellungen	.45	.38			.13	.14	.16	.16
Land	.15	.31	.35	.35	.22	.18	.30	.37
erklärte Varianz (R^2)	.25	.30	.15	.14	.10	.08	.13	.20
n	7262	6355	6577	5330	6514	5364	7123	6230

Hinweise: Es wurden nur Beta-Werte dargestellt, die mindestens auf dem 95%-Niveau signifikant sind. * Die Konfliktintensität wurde hier gemessen als additiver Index aus den in Abbildung 2 dargestellten Items zum Konflikt (unter Ausschluss des Generationenkonflikts).

Die Resultate zeigen somit ein differenziertes Bild der Ungleichheitswahrnehmung in den sechs untersuchten Ländern. Obwohl die untersuchten Länder (abgesehen von Ungarn) erhebliche Ähnlichkeiten bezüglich ihrer Gesellschaftsstruktur aufweisen und während der 1990er Jahre in ähnlichem Masse von Prozessen der wirtschaftlichen Globalisierung und der europäischen Integration betroffen waren, lassen sich die Resultate nur sehr bedingt im Sinne der Konvergenzthese interpretieren. Wenn überhaupt, so scheinen sich die Wahrnehmungsmuster Ende der 1990er Jahre eher noch stärker zu unterscheiden als 1987 – und dies trotz politischer und struktureller Annäherungstendenzen.

Von besonderer Bedeutung scheinen kulturelle und historische Eigenheiten in den einzelnen Ländern zu sein, die sich nur relativ langsam verändern und im Sinne eines allgemeinen Grundkonsenses einen Rahmen umreißen, welcher die grundlegende Tendenz der Wahrnehmung der Ungleichheit jenseits von spezifischen strukturellen Einordnungen vorgibt.

Ausgewählte Literaturhinweise

- Bieling, Hans-Jürgen und Frank Deppe (Hg.) (1997): Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich. Opladen: Leske + Budrich.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge: Polity Press.
- Gijsberts, Mérove (1999): The Legitimation of Inequality in State-Socialist and Market Societies, 1987-1996. Groningen, Utrecht, Nijmegen: ICS (Interuniversity Center for Social Science Theory and Methodology).
- Haller, Max, Bogdan Mach und Heinrich Zwicky (1995): »Egalitarismus und Antiegalitarismus zwischen gesellschaftlichen Interessen und kulturellen Leitbildern. Ergebnisse eines internationalen Vergleichs«. In: Müller, Hans-Peter und Bernd Wegener (Hg.) Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit. Opladen: Leske+Budrich, S. 221-264.
- Haller, Max (1996): »Einstellungen zur sozialen Ungleichheit im internationalen Vergleich«. In: Haller, Max et al. (Hg.): Österreich im Wandel – Werte, Lebensformen und Lebensqualität 1986-1993. Wien: Verlag für Geschichte und Politik, S. 188-220.

- Hradil, Stefan (1997): »Soziale Ungleichheiten, Milieus und Lebensstile in den Ländern der Europäischen Union«. In: Hradil, Stefan und Stefan Immerfall (Hg.): Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich. Opladen: Leske+Budrich, S. 475-519.
- Korpi, Walter und Joakim Palme (1998): »The Paradox of Redistribution and Strategies of Equality: Welfare State Institutions, Inequality, and Poverty in Western Countries« American Sociological Review 63, S. 661-687.
- Lamprecht, Markus und Hanspeter Stamm (2000): »Soziale Lagen in der Schweiz«. Schweizerische Zeitschrift für Soziologie 26 (2), S. 261-295.
- Mau, Steffen (1997): »Ideologischer Konsens und Dissens im Wohlfahrtsstaat. Zur Binnenvariation von Einstellungen zu sozialer Ungleichheit in Schweden, Grossbritannien und der Bundesrepublik Deutschland«. Soziale Welt 47, S. 17-38.
- Obinger, Herbert und Uwe Wagschal (Hg.) (2000): Der gezügelte Wohlfahrtsstaat. Sozialpolitik in reichen Industrienationen. Frankfurt a.M.: Campus.
- Stamm, Hanspeter, Markus Lamprecht und Rolf Nef (2002): »Between the Market and the State: A Longitudinal Comparative Study of Inequality Perceptions in Five European Countries«. Paper presented at the ISA World Congress, Brisbane, July 2002 (Research committee 28 on social stratification).
- Stamm, Hanspeter und Markus Lamprecht (2002): Indikatoren zur Lebensqualität in der Schweiz. Interner Schlussbericht im Auftrag des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums und von Gesundheitsförderung Schweiz. Zürich: L&S.
- Stamm, Hanspeter und Markus Lamprecht (2003): "Die Altersvorsorge im Spiegel der Einkommens- und Verbrauchserhebung". info:social, Nr. 1/2003. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Stamm, Hanspeter, Markus Lamprecht und Rolf Nef (i.V.): Soziale Ungleichheiten in der Schweiz. Strukturen und Wahrnehmungen. Zürich: Seismo.
- Svallfors, Stefan und Peter Taylor-Gooby (Hg.) (1999): The End of the Welfare State? Responses to state retrenchment. London: Routledge.
- Wegener, Bernd (1995): »Gerechtigkeitstheorie und empirische Gerechtigkeitsforschung«. In: Müller, Hans-Peter und Bernd Wegener (Hg.) Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit. Opladen: Leske+Budrich, S. 195-215.